



# Interviews

**24. Juli 2023**

## **Silvia Engels im Gespräch mit Herbert Reul**

**Silvia Engels:** Mitgehört hat Herbert Reul. Er ist seit 2017 Innenminister von Nordrhein-Westfalen und seine CDU regiert dort mit den Grünen. – Guten Morgen, Herr Reul!

**Herbert Reul:** Guten Morgen, Frau Engels.

**Engels:** Auf der kommunalen Ebene hat ja Parteichef Merz nach den jüngsten AfD-Erfolgen bei einer Bürgermeister- und einer Landratswahl Kontakte zur AfD auf lokaler Ebene für möglich und unumgänglich gehalten. Schließen Sie sich an?

**Reul:** Ich halte die Grundsatzaussage der CDU – da gibt es auch Beschlüsse zu -, dass wir mit der AfD nicht zusammenarbeiten, für richtig, zwingend und notwendig. Es muss da ein klarer Strich gezogen werden. Das ist das eine.

Das zweite ist: Wenn kommunal Wählerinnen und Wähler einen AfD-Menschen wählen – das ist jetzt in zwei kleinen Fällen passiert, aber es ist passiert -, dann wird man in diesem Stadtrat, Gemeinderat ja irgendwie miteinander reden. Das ist aber nicht zusammenarbeiten. Ich kann ja dann nicht sagen, dem Bürgermeister sage ich nicht guten Morgen, weil er von der AfD ist. Insofern, glaube ich, muss man sorgfältig unterscheiden. Zusammenarbeit kommt für mich nicht in Frage, egal auf welcher Ebene.

**Engels:** Aber von Friedrich Merz ist deutlich zu hören, dass er sich auch vorstellen kann, im Sinne der Kommune, der Stadt zu kooperieren. Das geht ja weiter als ein guten Morgen.

**Reul:** Ich weiß nicht, was er genau gesagt hat und gewollt hat. Da müsste man ihn wahrscheinlich selber mal fragen. Aber politische Zusammenarbeit, nehmen wir mal ein Beispiel: Wenn im Landtag von Nordrhein-Westfalen alle Fraktionen gemeinsam ohne AfD einen klugen Antrag einbringen und die AfD stimmt mit, dann kann man das nicht verhindern. Dann ist das so. Das ist auch keine Zusammenarbeit. Wenn es aber darum geht, vor Ort, in der Kommune oder im Landtag oder wo auch immer, ein politisches Projekt durchzusetzen oder eine Abstimmung durchzusetzen für eine Person und man benötigt dafür die Stimmen der AfD

und arbeitet mit denen zusammen, dann sage ich Ihnen, kommt nicht in Frage – für mich nicht.

**Engels:** Das ist aber etwas, wo Sie sagen, beim Land ist in der Tat hier eine Kooperation auch gar nicht nötig, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, weil Sie da mit den Grünen gemeinsam eine Mehrheit haben. Aber auf kommunaler Ebene haben wir die Situation, dass hier Mehrheiten schwer zu erringen sind. Das heißt, hier wäre es eine intensivere Zusammenarbeit. Bröckelt da nicht doch die Brandmauer zur AfD, wenn Herr Merz so etwas erklärt? Früher hat er ja nicht diese Differenzierung gemacht und die kommunale Ebene anders behandelt. Sehen wir hier eine Verschiebung?

**Reul:** Glaube ich nicht, weiß ich nicht, aber da müssen Sie ihn selber fragen. Dass durch diese zwei direkten Wahlen in den kommunalen Parlamenten, dem Landrat und dem Bürgermeister, eine andere Lage entstanden ist, ist nicht zu bestreiten. Die gibt es jetzt, diese Menschen von der AfD, dass die da sitzen, und in der Gemeinde müssen die damit irgendwie umgehen. Das verstehe ich. Aber das heißt für mich nicht Zusammenarbeit. Wenn wir nicht deutlichmachen, dass die AfD eine Partei ist, die außerhalb unserer demokratischen Überlegungen steht, und wenn wir nicht deutlichmachen, dass wir deswegen da keine inhaltliche Zusammenarbeit oder auch keine personelle Zusammenarbeit wollen, dann, glaube ich, geht das schief. Wir müssen schon uns unterscheiden.

Auf der anderen Seite: Die formale Debatte, mit wem arbeite ich wann zusammen, ersetzt nicht den inhaltlichen Streit oder die Debatte und die Auseinandersetzung. Ich glaube, wir müssen den Menschen erstens erklären, warum wir bei der AfD so ein Problem sehen, wo die Probleme liegen, und wir müssen auch, glaube ich, als demokratische Parteien – das trifft übrigens alle – beweisen, dass wir in der Lage sind, die Probleme der Leute zu lösen. Die sind ja nicht aus Versehen zu AfD-Wählern geworden. Ich glaube nicht, dass das alles Rechtsradikale sind, die Wählerinnen und Wähler, sondern da ist eine Menge Enttäuschung, Frust, Verärgerung, Unzufriedenheit, Unsicherheit. Da kommt ganz viel zusammen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die, die in Amt und Würden sind, so jemand wie ich, wir haben die Pflicht und die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Probleme bestmöglich gelöst werden und die Leute sich nicht mehr zur AfD zuwenden müssen. Das ist die Frage.

**Engels:** Der Punkt ist angekommen, Herr Reul. Nur auf kommunaler Ebene ist es ja wichtig. Machen wir ein anderes Beispiel auf. Nehmen wir an, auf kommunaler Ebene macht die AfD einen Antrag auf, die CDU stimmt zu. Ist das eine Zusammenarbeit - damit wird das Projekt dann umgesetzt -, die Sie tolerieren?

**Reul:** Ich würde es anders machen. Ich würde einfach einen eigenen Antrag stellen mit den anderen Fraktionen, möglicherweise zum gleichen Thema. Aber passen Sie auf: Ich bin nicht derjenige, der jetzt irgendwo in irgendeiner Kommune den Menschen sagt, wie sie arbeiten müssen. Das ist nicht mein Job. Ich habe eine Aufgabe in der CDU und die heißt, ich will verhindern, dass die AfD noch stärker wird. Ich will, dass sie geringer wird. Die Frage löse ich, glaube ich, nur dadurch, dass ich den Wählerinnen und Wählern sage, ihr braucht diese Typen nicht, wir lösen die Probleme bestmöglich.

**Engels:** Ich wollte nur kurz ergänzen, weil so viel Echo auf dem Markt ist, denn der CDU-Politiker Tobias Hans, immerhin früher saarländischer Ministerpräsident, äußert sich hier sehr viel klarer. Er schreibt auf Twitter: „Der Parteitagsbeschluss der CDU besagt, dass jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen ist. Das hier“ – die Äußerung von Friedrich Merz ist gemeint – „ist die schleichende Verwässerung von Parteitagsbeschlüssen nach Wahlerfolgen der extremen Rechten.“ – Verstößt Ihr CDU-Parteichef gegen Parteitagsbeschlüsse?

**Reul:** Ach Gott! – Wissen Sie, ich glaube, der Streit zwischen den führenden Leuten in der CDU, Konflikte innerhalb der Parteien, das beste Motiv dafür sind, dass die Menschen nachher die AfD wählen. Das bringt mir nichts. Es gibt den Parteitagsbeschluss. Ich kenne keinen, der den aufgehoben hat. Insofern gilt der. Tobias Hans hat total recht in der Feststellung, das ist unsere politische Maxime und solange die nicht aufgehoben wird, gilt die.

**Engels:** Aber muss Merz dann seine Äußerung zurücknehmen oder zumindest klarstellen?

**Reul:** Was er muss oder nicht muss, muss er selbst entscheiden. Sie können ihn ja jederzeit zum Interview einladen. Vielleicht kann er das klären. Ich kann es nicht für ihn erklären, weil ich bin nicht Friedrich Merz.

**Engels:** Das Echo ist aber auch innerhalb der CDU durchaus kritisch, nicht nur Tobias Hans. Auch der Regierende Bürgermeister Wegner hält dagegen, auch die Vizepräsidentin des Bundestages Magwas, Bundesvorstandsmitglied Güler ebenso, der Berliner Bundestagsabgeordnete Luczak. Zerreißt Friedrich Merz gerade die CDU?

**Reul:** Na ja, hoffe ich nicht, sehe ich auch nicht. Es kommt auch auf die Menschen an, die sich da alle äußern, und auf Friedrich Merz selber. Ich habe da eine klare Position. Die wird

nicht geändert. Wenn Friedrich Merz sie ändern wird, gibt es einen Konflikt. Wenn er die nicht ändern will, gibt es keinen Konflikt.

**Engels:** Dann schauen wir noch auf ein anderes Thema, mit dem die CDU sich möglicherweise anders positioniert als früher. Ihr Parteifreund, der hessische Ministerpräsident Boris Rhein, hat in der „Bild am Sonntag“ verlangt, zur Begrenzung von Migration sofort Grenzkontrollen durch die Bundespolizei überall. Sie auch?

**Reul:** Ich glaube, dass wir uns was einfallen lassen müssen, weil das auch eines der Probleme ist, das der AfD Nahrung zuführt, Wählerinnen und Wähler zuführt. Die Leute haben Sorge, haben Angst, und wir Politiker merken ja auch, dass das ein Problem ist, was wir noch nicht gelöst haben, nämlich das Problem, einerseits kompetente Menschen aus anderen Ländern zu uns zu holen, weil wir sie in der Einwanderung beruflich unbedingt brauchen, zweitens dafür zu sorgen, dass Menschen, die in Not sind auf der Welt, bei uns auch eine Aufnahme finden. Da haben wir als Deutsche eine ganz besondere Verpflichtung. Aber drittens nicht dafür zu sorgen, dass diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen wollen, hier alle hinkommen, weil das geht nicht, weil wir auch die Bürgerinnen und Bürger, die hier sind und die dann Sorge und Angst haben, nicht überfordern dürfen. Ich habe bisher noch keinen gehört, der einen perfekten Vorschlag hat, wie man das macht. Ich glaube, es gibt auch nicht die eine Antwort. Wenn Sie sich mal zurückerinnern, 2015/2016 war die Debatte ja ähnlich.

Jetzt geht es darum: Ich glaube, man braucht mehrere Faktoren. Ein Faktor wird sicherlich sein, wir brauchen europäische Verabredungen, wie gehen wir an den Grenzen damit um. Zweitens: Wir brauchen eine ernsthafte Debatte darüber wie wir das mit dem Asylrecht organisieren, ohne es aufzugeben. Drittens: Natürlich muss auch an den Binnengrenzen in Europa aufgepasst werden, kontrolliert werden im Sinne von wer kommt eigentlich hier rein. Wir müssen doch wissen, wer reinkommt und wer rausgeht. Insofern hat Boris Rhein sicherlich recht mit dem Hinweis. Ob man das allerdings so hinkriegt, dass man wirklich alle Grenzen überall perfekt reguliert, weiß ich nicht. Da habe ich meine Zweifel. Aber das ist dann eher eine Frage, wie macht man es. Nehmen Sie mal das Beispiel an der österreichisch-bayerischen Grenze. Da wird es praktiziert und es funktioniert. Warum kann man das an anderen Stellen nicht auch machen? Die Frage ist berechtigt.

**Engels:** Dauerhafte Grenzkontrolle können Sie sich auch in NRW gegenüber den Binnengrenzen des Schengen-Raums, gegenüber Ihren Nachbarstaaten vorstellen?

**Reul:** Bei uns stellt sich das Problem, glaube ich, nicht mit den Grenzen. Das ist in Bayern zum Beispiel total anders als bei uns, wenn ich das Beispiel noch mal nennen darf. Ich bin

ein in dieser Frage sehr zurückhaltender Mensch, sage aber, ich schließe im Moment gar nichts mehr aus, wenn wir das Problem in den Griff kriegen wollen. Auf eins konzentrieren und sich über das Ding dann so lange streiten, bis man wieder keine Lösung hat, in Schützengräben stehen bleiben, die man vor vielen Jahren mal gegraben hat, löst das Problem nicht, und dann werden die Leute sagen, die Typen kriegen es nicht hin, wir wählen die nicht mehr. Ich kann uns nur dringend raten, und zwar über Parteigrenzen hinweg am besten, Lösungen zu finden. Der thüringische Ministerpräsident hat das mal – das ist Wochen her – gesagt: Lasst uns doch mal zusammensetzen mit Vertretern der verschiedenen Parteien und nachdenken, mit welchen Konstellationen können wir dieses Problem in den Griff kriegen. Wenn wir es nicht in den Griff kriegen, wird die AfD noch mehr Stimmen kriegen, und das muss doch nicht sein. Da kann man doch nicht einfach zugucken.

**Engels:** Aber gerade Thorsten Frei, der Unions-Fraktionsvize, hat sich da sehr aus dem Fenster gelehnt. Er will das individuelle Recht auf Asyl in Deutschland beenden, stattdessen eine EU-weite Kontingentlösung. Parteichef Merz sagt, er könne sich alles vorstellen was hilft. Was sagen Sie?

**Reul:** Ich sage das, was eigentlich auch nicht neu ist: Den Verstand einsetzen und kluge und vernünftige Lösungen finden. Das Asylrecht in Deutschland oder in den internationalen Verabredungen, finde ich, darf nicht in Gefahr geraten. Es muss weiter sicher sein, dass wir in Deutschland Menschen, die in Not sind, aufnehmen. Aber wenn der dänische zuständige Minister – das ist übrigens ein Sozialdemokrat – jetzt in einem Zeitungsartikel schreibt, wir müssen mal nachdenken, ob wir mit dieser Politik nicht nur den starken jungen Männern helfen, wie er glaube ich sagt, die sich ins Boot setzen und das Risiko eingehen, und den armen verfolgten Frauen und Kindern, die vor Ort sind, helfen wir nicht, das ist ja eine berechtigte Frage.

**Engels:** Ja! Aber wie beantworten Sie sie? Ergänzt um die Frage, dass Thorsten Frei sich jetzt noch am Wochenende hinstellt und auch die Zurückweisung von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen, an den Küsten vorsieht, schließen Sie sich da an?

**Reul:** Die Debatte darüber, dass man an den europäischen Außengrenzen kontrollieren muss, wer eine Chance auf Asylrecht hat und wer keine Chance auf Asylrecht hat, halte ich für einen klugen Gedanken. Ich halte es auch für einen klugen und vernünftigen Gedanken, Menschen nicht auf eine lange Strecke zu schicken und sie dann drei Jahre lang in Deutschland oder fünf Jahre zu haben und sie dann wieder zurückzuschicken. Das ist auch nicht sehr intelligent. Wenn man das an den europäischen Außengrenzen hinkriegen würde, wäre

es viel, viel, viel besser. Da müssten allerdings – und jetzt merken Sie, ich rede viel im Konjunktiv – alle mitmachen in Europa, und da haben wir extreme Schwierigkeiten im Moment, dass da leider auch nicht immer die Vernunft regiert.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*